



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 162

12. NOVEMBER 2010

DIE PROTESTWELLENREITER



Liebe Leserinnen und Leser!

Für Renate Künast waren die Proteste von Gorleben eine „Sternstunde der Demokratie“. Vielleicht sollte Frau Künast mal den Polizisten besuchen, der mit einer Gehirnerschütterung im Krankenhaus liegt. Ob der das auch so sieht? Oder die Besetzung des Polizeifahrzeugs, dass in Brand gesteckt wurde, während die Polizisten gleichzeitig mit Signalmunition beschossen wurden, um sie am Ausstieg zu hindern. Ich erwarte deshalb von den Grünen, die in Gorleben vor Ort vertreten waren, das klare Bekenntnis, dass sie sich von Gewalt und Rechtsbruch distanzieren.

Herzlichst, Ihr

Die Grünen geben sich gern bürgerlich. Doch mit ihren Einlassungen rund um den letzten Castor-Transport haben sie sich die bürgerliche Maske selbst vom Gesicht gerissen. Die Ökopartei zielt darauf ab, die verloren gegangenen Bataillone der Ökotalinisten und Permanentprotestierer wieder zurück zur grünen Fahne zu holen. Dazu ist den Grünen jedes Mittel recht, auch wenn dabei der soziale Frieden in diesem Land zu Bruch geht.

So musste die grüne Haute volée natürlich in Gorleben präsent sein. Claudia Roth hopste zwischen Sitzblockaden herum, Fraktionschef Jürgen Trittin gab salbungsvolle Interviews, während wenige Meter weiter militante Störer Steine auf Polizisten warfen. Besonders dreist war dabei, dass die

bedauernde Gewalteskala-
kation im Wendland der
Bundesregierung in die
Schuhe geschoben wird.

Während der aktuellen
Stunde im Bundestag musste
ich mit anhören, wie die
Opposition der christlich-
liberalen Koalition vorwarf,
ohne Not einen gesellschaft-
lichen Grundkonsens aufge-
kündigt zu haben. Mehr
noch: Mit ihrer aktuellen
Politik stelle sich die
schwarz-gelbe Koalition
gegen die Mehrheit der Be-
völkerung.

Tatsache ist, dass die
schwarz-gelbe Koalition
konsequent das umsetzt,
wofür sie bei der Bundes-
tagswahl 2009 die Mehrheit
der Stimmen bekommen
hat. Klipp und klar steht im
Regierungsprogramm: „Wir
verstehen den Beitrag der
Kernenergie zur Stromver-
sorgung als Brückentechno-
logie, weil heute klima-
freundliche und kostengün-
stige Alternativen noch nicht
in ausreichendem Maße ver-
fügbar sind. Daher streben
wir eine Laufzeitverlänge-
rung der sicheren deutschen
Anlagen an (...) Der größte
Teil des zusätzlich generier-
ten Gewinns aus der Lauf-
zeitverlängerung der Kern-
kraftwerke soll nach einer
verbindlichen Vereinbarung

mit den Energieversorgungs-
unternehmen zur Forschung
im Bereich der Energieeffi-
zienz und der erneuerbaren
Energien sowie zur Senkung
der Strompreise genutzt
werden (...) CDU und CSU
wollen eine sofortige Aufhe-
bung des Moratoriums zur
Erkundung des Standortes
Gorleben, um so schnell wie
möglich die Zwischenlager
an den Kraftwerken auflösen
zu können“.

Wenn hier jemand ein
Glaubwürdigkeitsproblem
hat, dann die Partei von
Roth und Co. Zu Zeiten der
Regierung Schröder schrieb
Jürgen Trittin, dass die Grü-
nen gegen die Transporte „in
keiner Form sitzend, ste-
hend, singend, tanzend de-
monstrieren“ sollten, denn
schließlich seien die Voraus-
setzungen für den Transport
gegeben. Heute stehen sie
mit auf den Barrikaden. Das
ist schon ein gewagter Spa-
gat.

Auch Gregor Gysi durfte in
Gorleben nicht fehlen. Der
Linkspolitiker ließ seinen
Dienst-Audi natürlich von
Polizisten bewachen. Gleich-
zeitig unterstützte er durch
seine Anwesenheit die Ag-
gressionen der Demonst-
ranten gegen die Polizei. Mit
diesen Politikern ist kein
Staat zu machen.

BAHNCHIEF TRIFFT LANDESGRUPPE



Zu einem Informationsgespräch traf die Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube.

Bei dem Gespräch mit Bahnchef Dr. Rüdiger Grube forderte Michael Grosse-Brömer angesichts steigender Güterverkehre beim Streckenausbau den Lärmschutz für die Anwohner nicht zu vernachlässigen. „Vor allem der Landkreis Harburg ist von dem steigenden Güterverkehr des Hamburger Hafens betroffen. Da dürfen Lärmschutzinteressen nicht untergehen“, machte

Grosse-Brömer deutlich.

Grube wies in dem Gespräch darauf hin, bei künftigen Schienenbauprojekten eine andere Lärmschutzpolitik betreiben zu wollen. Er sehe die Zukunft nicht mehr in „5 Meter hohen Lärmschutzwänden“, sondern wolle den Lärm verstärkt an der Quelle reduzieren. Dazu gehören laut Grube insbesondere sogenannte „Flüsterbremsen“ an den Zügen. Geforscht würde auch zu speziellen Schwellen und Schienenstegdämpfern. Diese Techniken seien allerdings noch nicht zugelassen und der Nutzen noch nicht bestätigt. Daher fänden diese Techniken bei

laufenden Bauarbeiten am 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg keine Berücksichtigung. Von der Bahn wurde Grosse-Brömer aber zugesagt, die Lärmschutzwände „abzutreten“, wenn sich dadurch ein schalltechnischer Vorteil ergäbe.

Grube machte deutlich, dass die Bahn Maschen als Rangierbahnhof modernisieren wolle, da er im Schienengüterverkehr eine zunehmend wichtigere Drehscheibe im Hafenhinterlandverkehr sei. Deshalb würden bis 2013 insgesamt 230 Millionen Euro in Seevetal investiert. Hinzu kämen rund 280 Millionen Euro Investitionen für das 3. Gleis.

SICHERUNGSVERWAHRUNG FÜR „ALTFÄLLE“ VERLÄNGERBAR



Der Bundesgerichtshof (BGH) folgte mit seiner Entscheidung von dieser Woche der Position der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, wonach bei der Beurteilung der Sicherungsverwahrung der Schutz der Bürger im Vordergrund stehen müsse.

Die Richter urteilten, dass hochgradig gefährliche Straftäter in nachträglich angeordneter Sicherungsverwahrung trotz eines entsprechenden Urteils des

Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht entlassen werden müssen. Bei Straftaten, die vor dem 31. Januar 1998 geschehen sind, darf die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung nach zehnjährigem Vollzug dann weiter vollstreckt werden, „wenn aus konkreten Umständen in der Person oder dem Verhalten des Untergebrachten eine hochgradige Gefahr schwerster Gewalt- oder Sexualverbrechen abzuleiten ist“. Dieser Grundsatz

muss ab sofort von allen Gerichten, die über die Entlassung von Sicherungsverwahrten entscheiden, zwingend beachtet werden.

Die Union hat sich immer für den Schutz der Bürger eingesetzt. Dazu gehört die Möglichkeit, dass Gewalt- und Sexualstraftäter auch nach der Verbüßung ihrer Haftstrafe weiter in Gewahrsam gehalten werden können, solange sie für die Allgemeinheit eine Gefahr darstellen. Diese Position wurde nun bestätigt.

KREISHANDWERKER ZU GAST

Die Kreishandwerkerschaft des Kreises Harburg war in dieser Woche zu Gast bei Michael Grosse-Brömer.

Zunächst berichtete Michael Grosse-Brömer von seiner politischen Arbeit in Berlin. Anschließend ergab sich die Möglichkeit einer Diskussi-

on. Dabei kam vor allem das Thema Gesundheitspolitik zur Sprache. Ferner diskutierten die Handwerker mit Grosse-Brömer über das Problem der Politikverdrossenheit.

Eine Besichtigung der Reichstagskuppel rundete den Besuch ab.

TERMINAUSWAHL

- | | |
|------------|---|
| 14.11. bis | |
| 15.11. | Bundesparteitag in Karlsruhe |
| 15.11. | Sitzung Kreisvorstand in Maschen |
| 17.11. | Treffen mit Senioren-Union in Hollenstedt |
| 19.11. | Diskussion mit Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin |

